Da die 1. Lesung heute trotzdem angesetzt wurde, möchte ich nur an drei Beispielen deutlich machen, um welche Probleme es geht, wo ich jedenfalls Probleme sehe. Wir werden das ja dann im einzelnen in den Ausschüssen diskutieren.

Es heißt zum Beispiel im Gesetz über das Kreditwesen der Bundesrepublik Deutschland, was übernommen werden soll, daß die Gesamtvollstreckung, also der Konkurs, nur auf Antrag des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen eingeleitet werden kann, und das über Anfechtungsklagen, gegen dessen Entscheidung das Bundesverwaltungsgericht der BRD in erster und letzter Instanz entscheidet. Das heißt über die zu erwartenden Konkurse in diesem Land, und ich befürchte, daß es nicht wenige Konkurse sein werden, über diese zu erwartenden Konkurse wird dann von einer Behörde der Bundesrepublik und dann in letzter Instanz von einem Gericht der Bundesrepublik entschieden. Ich halte das für außerordentlich problematisch.

Im Versicherungsaufsichtsgesetz steht, daß Genehmigungen für die Aufnahme des Versicherungsgeschäfts in der DDR vom Bundesaufsichtsamt erteilt werden. Anfechtungsklagen dagegen werden durch das Bundesverwaltungsgericht entschieden. Das heißt, wer eine Versicherung in der DDR, ein Versicherungsgeschäft in der DDR aufnehmen will, darüber entscheidet eine Behörde der Bundesrepublik, und bei Anfechtungsklagen gegen diese Entscheidung entscheidet wiederum ein Gericht der Bundesrepublik.

Noch eine Bemerkung zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung. Sie kennen den Mechanismus in der Bundesrepublik Deutschland. Er ist ja durch das Verfahren Messerschmidt-Blohm-Boelkow mit Daimler-Benz allgemein bekannt geworden. Der entscheidende Unterschied in der Regelung, die für die DDR vorgesehen ist, - es geht darum, Marktbeherrschung auszuschließen - liegt darin, daß in der geltenden BRD-Regelung bei Vermutung marktbeherrschender Stellung der Zusammenschluß untersagt wird.

Die Regelung, die für die DDR vorgesehen ist, sieht vor, daß er untersagt werden kann. Das heißt, der marktbeherrschende Zusammenschluß wird bei uns leichter sein als in der Bundesrepublik Deutschland.

Außerdem ist die Prüfungsfrist nach der bundesrepublikanischen Regelung Uahr, das heißt, das Bundeskartellamt kann 1 Jahr prüfen, während nach der DDR-Regelung nur eine 2-monatige Prüfungsfrist für die entsprechende Wettbewerbskontrollbehörde bei uns vorgesehen ist.

Besonders sorgfältig sollten wir die die Interessen der Arbeiter und Angestellten unmittelbar berührenden Gesetze für Mitbestimmung und Betriebsverfassungsgesetz sowie das Kündigungsgesetz studieren und prüfen. Ich habe den Eindruck, daß es im § 30 des Betriebsverfassungsgesetzes der BRD eine positive Regelung ist, daß nach demokratischen Grundsätzen vor dem 1. Juli gewählte Arbeitnehmervertretungen bis zur Wahl eines neuen Betriebsrates Ende des Jahres im Amt bleiben. Ich nehme an - das müßte vielleicht im Ausschuß besprochen werden -, daß sich das auf die BGL bezieht.

(Zwischenruf der Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:
Gestatten Sie zwei Anfragen?)

Dürfte ich noch ein bißchen weiter sprechen? Ich erlaube es mir.

In diesem Zusammenhang noch eine letzte Bemerkung. In §24 des Gesetzes über den Widerruf von Haustürgeschäften vom 16. Juni 1986, das ich für ein interessantes Gesetz halte, ist der Schutz von Überrumpelung am Arbeitsplatz, in der Privatwohnung, bei Freizeitveranstaltungen gesichert. Man kann abgeschlossene Haustürverträge binnen einer Woche widerrufen.

Ich halte das für eine positive Regelung. Ich meine aber, daß das gegenwärtig nicht die Hauptsorge der DDR-Bürger ist. Ich würde meinen, daß uns eine andere Form der Überrumpelung in

diesem Lande gegenwärtig in viel höherem Maße bevorsteht, nämlich die Spekulation bei Grund und Boden.

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne
sowie vereinzelt bei SPD)

Natürlich gibt es in der Bundesrepublik Deutschland kein Gesetz gegen Bodenspekulation. Ich werfe deshalb niemand, der in Bonn diese Gesetze vorbereitet hat, vor, daß sie uns kein solches Gesetz anbieten. Ich meine aber -, das ist kein Vorwurf an Bonn, sondern an uns selbst -, daß wir zum Beispiel nicht so dringend ein Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften brauchen, sondern ein Gesetz gegen Bodenspekulation.

(Beifall vorwiegend bei PDS)

Dr. Häfner (CDU/DA):

Herr Abgeordneter, weil Sie gestern die Provokateure und Straftäter hier im Haus umarmt und beglückwünscht haben zu ihrer Aktion, muß ich Sie fragen, wie Sie es meinen in Ihren Ausführungen,

(Protest bei Bündnis 90/Grüne)

daß Sie sehr sorgfältig Veränderungen im Strafrecht in unserem Lande verfolgen wollen.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter! Ich glaube, wir verhandeln heute über andere Gesetze.

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Es tut mir leid. Es sind nur Sachanfragen hier gestattet - zur Sache, bitte. Wenn Sie zur Sache eine Anfrage haben, dann sagen Sie es.

Dr. Häfner (CDU/DA):

Es war in den Ausführungen von Prof. Heuer zum Strafrecht die Rede. Deshalb war ja meine Frage, ob er das für erhaltenswert hält, was wir bisher hatten.

(vereinzelt Beifall bei CDU/DA)

Prof. Dr. Heuer (PDS):

Aber, Herr Thietz, von Ihnen erwarte ich eine sachgerechte Frage. Wir haben im Ausschuß ja gut zusammengewirkt.

Thietz (Die Liberalen):

Herr Professor Heuer! Ich stimme mit Ihnen vollkommen überein, daß wir gehalten sind, wirklich alles zu tun, um keine Unruhe im Volk aufkommen zu lassen und wirklich einen reibungslosen Übergang zu dieser für uns doch sehr ungewohnten sozialen Marktwirtschaft zu erreichen. Und würden Sie es dann nicht auch für sehr verfehlt halten, und da muß ich mich wirklich zügel, wenn hier zu lesen ist, daß Herr Gysi gestern gesagt hat, notfalls muß es in der DDR eine zweite Revolution geben. Also das finde ich unverantwortlich. Laut „Berliner Morgenpost“ von heute.

(Beifall bei CDU/DA und SPD)

Prof. Dr. Heuer (PDS):

Also im Zweifel würde ich annehmen, daß er das nicht gesagt hat.

(Unruhe im Saal - erregte Zwischenrufe, so von der SPD:
Ich habe es gehört - Rattenfänger!)